

Im Falle höherer Gewalt erfüllt jede Verpflichtung
auf Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Kaufverträgen u.
Lieferung von Schadenersatz, für unendlich u. d. Fernruf
übermittelte Anzeigen übernommen wie keine Verant-
wortung. Unterliegt eingelebte und mit Nachporto
nicht berechnete Anzeigen werden nicht anbewahrt.
Sprechstunde der Redaktion 6 bis 8 Uhr nachmittags.
Hauptverleger: Dr. Josef W. Schmidt, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Verlagsstelle, Druck und Verlag: Saxonia-
Verlagsdruckerei, Dresden, E. 10, Goldschmidtstr. 10.
Telefon 3277. Postfach Dresden 1477.
Bankkonto: Volksbank & Reichsbank, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Roth 16, Goldschmidtstr. 10, Telefon 3277
und 1477

Arabien's Renaissance

Nach China auch der Orient gegen die Europäer —
Die stürmende Quelle des neubeflehten Mohame-
danismus — Das zukünftige Machtreich des
Orients — Persien und Indien, die noch fehlenden
Glieder der asiatischen Kette

Von unserem Südost-Korrespondenten
— B. K. — Wien, 23. Juni 1925.

In meinen beiden Aufsätzen: „Die nationalistische Bewe-
gung in der mohamedanischen Welt“ und „Osmanen und Mon-
golen“ habe ich bereits Anfang dieses Jahres auf Erscheinungen
hingewiesen, deren ernste Bedeutsamkeit jetzt immer mehr in die
Erscheinung tritt. Seitdem sind sechs Monate verfloßen und
heute steht China im kommenden Revolution gegen jedwede
Fremdherrschaft. Die Quadersteine einer politischen Riesensphing
werden von Tag zu Tag gelegt. Noch sieht man kein klares Bild
... aber das Selbstbewußtsein und das Vertrauen zur eigen-
nen Stärke und Einheit wächst von Tag zu Tag, verbunden mit
unheimlichem Fanatismus.

Der großen fremdenfeindlichen Bewegung in China, die vor
allem gegen englische Vorherrschaft sich richtet, ist nunmehr eine
neue Verwicklung in Arabien gefolgt. Es scheint, als wären die
Verlegenheiten der Engländer im Orient schon den Gefahren
gleichkommen, denen die Franzosen und Spanier in Nordafrika
ausgesetzt sind. Überall rührt sich die leidenschaftliche Aufbe-
bung der Eingeborenen gegen die Vorherrschaft der Fremden.
Überall sind es kleine Ursachen, kleine Vorfälle, die dann
die mächtige Lawine des Volksturmes nach sich ziehen. Schon
lange gärt es, auch in Indien und Persien, die noch die fehlenden
Glieder der asiatischen Kette bilden. Überall nährt sich die
Flamme und es genügt nur der eine Ruf „Wen den Afrikaner!
Fort mit den Fremden!“ und aus jahrelanger Gleichgültigkeit
erwachen Millionen von Seelen, um das und das, das und das
Leben für ihre Ziele zu opfern. Nur die Methoden wie die Ver-
fahren sind von verschiedener Art. Während sich China in die
Arme des Bolschewismus warf, hält sich der Orient, trotz türkisch-
russischen Bündnissen fern von Moskau. Demgemäß hat der
Orient auch einen reinen Zweck, ohne verdeckte Nebenziele: die
Interne Entfaltung, Verbreitung westlicher Kultur, Freiheit und
Unabhängigkeit von fremden Staaten.

Während des Weltkrieges dachte die englische Diplomatie
hing zu handeln, wenn sie zwei Ecken im Feuer hielt. Sie stan-
den nicht nur mit Ibn Saud, dem Sultan von Nebsch in guten
Beziehungen, sondern schloßen gleichzeitig mit dem König Hussein
von Mekka ein Freundschaftsbündnis. Als aber der Wahabiten-
stift sich zu einem vernichtenden Schlag gegen König Hussein ent-
schloß, da ließ England Hussein fallen, der abankte und den
Thron seinem Sohne Ali überließ. Die Wahabiten befehlten trotz-
dem die heilige Stadt und vertrieben Ali bis zur Hafenstadt Dsch-
eddah, wo er sich heute noch mit 2000 Soldaten (davon 1000 Aus-
länder) aufhält. England ließ nun auch Ali fallen und ver-
suchte, mit dem Wahabitenfürsten sich recht gut zu stellen. Um zu
beweisen, daß sie mit seiner Regiererschaft vollständig einverstanden
seien, forderten sie den gekürzten König Hussein brutal auf, von
Akaba, seinem bisherigen Aufenthaltsort, sich in ein anderes
Gebiet zu begeben. Am 28. Mai wurde er durch eine ultimative
Note Chamberlains aufgefordert, seinen Aufenthaltsort zu verlassen
und Akaba wie Moan an Transjordanien anzutreten. Als Grund
schob man einen angeblichen Angriff des Wahabitenfürsten vor,
den sie in der Rolle als ihren Verbündeten bezeichneten. Der
greife Kalf erklärte hierauf:

„Es ist schamlos von England, mich aus meinem eigenen
Land in die Verbannung zu treiben, ungeachtet der großen Ver-
dienste, die ich der englischen Sache während des Weltkrieges
erleidet habe! (1) Dies geschieht nur, weil ich nicht auf die Er-
füllung der englischen Verpflichtungen verzichten wollte, die 1915
nicht zu meinen Gunsten, sondern für das arabische Volk gemacht
wurden. Ferner weil ich nicht den Vertrag mit England unter-
schreiben habe, der die Freiheit und Unabhängigkeit Syriens und
Palästinas bedroht.“

Die Engländer haben nun am 18. Juni die Mandatsgewalt,
die sie bisher über Transjordanien ausübten, auch auf Akaba und
Moan ausgedehnt. In der Bevölkerung herrscht eine
ausgesprochene englandfeindliche Stimmung.
Die Scheichs haben geschworen, jeden Engländer
zu töten, der ihr Gebiet betreten würde. König
Hussein wurde letzten Donnerstag an Bord eines britischen Kreuz-
ers aufgenommen, der mit unbekanntem Ziel in See stach.

Der Fürst der Wahabiten, Ibn Saud, ist der geborene
Staatsmann und Organisator! Trotz aller englischen Schmeiche-
leien entfernt er sich immer mehr von seinen englischen Freun-
den. Je ärger die englischen Konsuln dem arabischen Napoleon
nachlaufen, desto höher und misstrauischer wird er. Er träumt
schon heute von einer vollständigen Vertreibung der Engländer
aus Arabien und hat zu diesem Zwecke eine Ernennung vorge-
nommen, die für die mohammedanische Welt von größter Bedeu-
tung ist. Der Sultan hat den Scheich Ahmad el Senuffi, einen
eifrigen Parteigänger der türkischen Politik, dazu Freund von
Kemal Pascha, zum Emir von Mekka, zum Fürsten der heiligen
Stadt des Propheten ernannt. Ibn Saud ist während seiner
25 Regierungsjahre stets ein tüchtiger Staatsmann gewesen und
er soll seine Pläne auch jetzt auf einer sicheren Grundlage vor-
bereitet haben. Er will seinen alten Traum eines arabischen
Kaiserreiches in seiner Halbinsel unter seiner Dynastie ausführen
und bewegen kann er nicht mehr daran denken, Mekka zu ver-
lassen. Von diesem Standpunkte aus soll er den Fanatismus

Das Zentrum in Preußen

Wie die Taktik und Politik des Zentrums die einzig richtige war. — Die Deutsch-
nationalen von den Kommunisten verlassen. — Nimm die Deutsche Volkspartei
endlich Vernunft an?

Die Verhandlungen über die Umbildung bzw. Erweiterung
der preussischen Regierung sind auch jetzt noch nicht weiter ge-
gangen. Das Zentrum hat allen anderen Parteien durch seine
wiederholte Stellungnahme reichlich Brücken gebaut. Die Frak-
tion hat sich auch jetzt wieder mit der Gesamtlage beschäftigt
und sie gibt über die Erörterungen im Schoße der Fraktion folgende
parteilose Erklärung heraus:

„Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages erör-
terte erneut die Lage. Sie hält an ihrem zur Frage der Regie-
rungsbildung in Preußen gefaßten Beschlusse vom 9. Juni 1925
unverändert fest und ist der Auffassung, daß die Umbildung der
preussischen Regierung mit größter Beschleunigung durchgeführt
werden muß. Die Fraktion beauftragt die Unterhändler, in
diesem Sinne unverzüglich weiter zu verhandeln.“

Daraus ergibt sich, daß das Zentrum an den Erfolg seiner
Bestrebungen auch jetzt noch glaubt. Die Partei wird im Sinne
ihrer bisherigen Politik die weiteren Verhandlungen auch mit den
gegenwärtig außerhalb der Regierungsgemeinschaft stehenden
Parteien in Preußen, insbesondere mit den Rechtsparteien fort-
setzen und ihre Vertreter haben neuerdings wieder Vorschläge un-
terbreitet, die bei einigermaßen gutem Willen zu einer Einigung
aller politischen Kräfte führen müßten.

Im übrigen zeigt sich immer mehr, daß die Taktik und die
Politik des Zentrums die richtige war, und daß es nur diesem
Vorgehen des Zentrums zuzuschreiben ist, wenn wir in Preußen
nicht in geradezu katastrophale und chaotische Verhältnisse hinein-
gekommen sind. Die Stellung der Deutschnationalen muß sich
wandeln, nachdem sie nun nicht mehr bei all ihrem negativem
Einfluß auf die unbedingte Hilfe der Kommunisten sich verlassen kön-
nen. Die Kommunisten sind von ihren eigenen Oberinstanzen
zurückgewiesen worden. Sie haben für ihr Verhalten bei der
Reichspräsidentenwahl und auch im preussischen Landtag einen
gehörigen Mißfall erhalten und sie können nun nicht mehr als un-
bedingte Schutztruppe den Deutschnationalen zur Verfügung ste-
hen. Gerade diese Sachlage ist es auch, die die Deutsche Volk-
spartei etwas fleischer gegen die Deutschnationalen macht, wie
überhaupt in Kreisen der Deutschen Volkspartei man sich mehr
und mehr gegen die Herrschaftsgelüste der Deutschnationalen auf-
bäumt. Aus alledem geht hervor, wie richtig es war, daß das
Zentrum in Preußen unbedingte Hilfe um die Angelegenheit von rechts
und links jenseits den geraden Weg vorwärts ging. Wir zweifeln
auch keinen Augenblick daran, daß die Politik des Zentrums
letzten Endes zu dem gewünschten Erfolge führt.

Die Tagung des Reichsparteivorstandes des Zentrums

Man schreibt uns aus Berlin:
Am Dienstag tagte im Reichstag zu Berlin der Reichs-
vorstand der Deutschen Zentrumspartei. Seine Erörterungen
waren diesmal nicht so sehr den großen politischen Debatten, als
vielmehr der Behandlung all jener Maßnahmen und Vorbe-
reitungen gewidmet, die der Festigung der Partei nach
innen und außen zu dienen geeignet sind.

Vornehmlich waren es Fragen organisatorischer Na-
tur, sowohl in geistiger wie in politischer Hinsicht, die die Partei-
leitung beschäftigten. Wir müssen, nachdem wir unsere Kraft so
vielfältig in den letzten Monaten nach außen hin mit Erfolg er-
probt und gezeigt haben, nunmehr auch im Innern uns wieder
festigen und stützen für die großen Anforderungen, die vielleicht
schon die allernächste Zeit an unsere Entschlußfähigkeit und an
unsere Tatkraft stellt.

Bei den Erörterungen hat man sich zunächst vorwiegend da-
mit beschäftigt, den geistigen Zusammenhalt der Partei zu sichern
und zu verankern. Zu diesem Zweck wird auch der Vertie-
fung des politischen Wissens eine besondere Aufmerk-
samkeit zuzuwenden sein, und das Mittel dürfte in einer noch
engeren Fühlungnahme zwischen Parteimitgliedern und Presse
und in der Bereitstellung einer besonderen, die grundsätzlichen
Fragen der Partei und ihres Wollens und Schaffens beurteilenden
und verfolgenden regelmäßigen Schrift zu erblicken sein.

Die Aussprache der maßgebenden Parteinstanzen über die
gerade gegenwärtig alle Gemüter bewegenden Wirtschafts-
und Finanzfragen des Reiches, insbesondere über die
sehr wichtigen Steuer- und Zollangelegenheiten
forderten eine Fülle von beachtenswerten Gesichtspunkten zutage,
die bei der Stellungnahme der Fraktion in den nächsten Tagen
von ausschlaggebender Bedeutung sein werden.

und die hegemonistischen Bestrebungen seiner wahabistischen Brä-
der besitzend und es gleichzeitig vermeiden, Anstoß bei
der religiös gesinnten mohammedanischen Welt zu erregen. Dafür
hatte er nur einen Weg: die Wahl des Ahmad el Senuffi, der von
den Puritanern des Wahabismus als einer ihrer Anhänger be-
trachtet wird, und der auch den modernen Mohammedanern genehm
ist. Vor allem aber kann der Name des Scheichs der Senuffi
die asiatischen Korangläubigen mit denjenigen
Afrikanern vereinigen!

Gerade von diesem letzten Standpunkte aus betrachtet, muß

Alles in allem ist auch diese Tagung wieder eine Mani-
festation des Willens zur Einheit der Partei ge-
wesen und eine Bekräftigung des Entschlusses, alle Fähigkeiten
einzusetzen, um unsere Partei groß, stark und vor allen Dingen
einig zu erhalten, damit sie mit ganzer Kraft ihrer hohen Auf-
gabe sich widmen kann: dienbar zu sein dem ganzen
Volk und unserem Vaterland!

Ein Zentrumsantrag zum deutsch-spanischen Handelsvertrag

Im Reichstag haben die Zentrumsabgeordneten Herr Hof-
mann (Ludwigshafen), Secker (Hamburg) mit Unterstützung zahl-
reicher Abgeordneter der Zentrumsfraktion folgenden Antrag
eingereicht:

Der Reichstag wolle beschließen:
die Reichsregierung zu ersuchen, die in der 67. Sitzung des
Reichstags am 27. Mai dieses Jahres von dem Vertreter der
Reichsregierung abgegebene Erklärung sofort in die Tat umzu-
setzen, und zwar

1. nach Austausch der Ratifikations-Urkunden zwischen dem
Königreich Spanien und dem Deutschen Reich neue Verhandlungen
mit Spanien über das deutsch-spanische Handelsabkommen
sofort zu beginnen, mit dem Ziele auf Abstellung der beklagten
Rängel;

2. für den Fall, daß die im Interesse der deutschen Wirt-
schaft, insbesondere des bedrängten deutschen Weinbaues erho-
benen Forderungen nicht erreicht werden können, das Abkommen
am 30. Juni 1925 mit Wirkung zum 30. September 1925 zu
kündigen;

3. die in dem Handelsvertragsausfluß des Reichstages bei
der Beratung des Handelsabkommens seitens der Reichsregie-
rung abgegebene Erklärung über Hilfsmaßnahmen, namentlich
in Form von ausreichenden langfristigen Krediten und Steuer-
erleichterungen, schleunigst zu verwirklichen, insbesondere der in
der Sitzung des Reichstages vom 27. Mai 1925 zum Beschluß er-
hobenen Entschließung (Drucksache Nr. 866, Bericht) mit größ-
ter Beschleunigung durchzuführen, da die Sicherheit der diesjäh-
rigen Ernte der deutschen Weingarten sonst ernstlich gefährdet ist.

Die Zentrumsfraktion hat sich für verpflichtet, mit einem
besonderen Antrage bei der Regierung vorzulegen zu werden, nach-
dem die Deutschnationalen übrigens entgegen al-
len vorher getroffenen Abmachungen und Zusiche-
rungen mit einer Sonderaktion in dieser Frage ohne Wissen und
Stellungnahme mit den anderen Parteien hervorgetreten waren.

Die Vorbereitung der Ruhräumung

Paris, 24. Juni. Der gestrige Ministerrat beschäftigte
sich neben der Marokkoreform auch mit der
Räumung des Ruhrgebietes, die bekanntlich bis zum
16. August durchgeführt sein soll. In dem nach dem Ministerrat
veröffentlichten Communiqué heißt es darüber, daß die Maß-
nahmen gebilligt worden sind, die zur Erfüllung der
übernommenen Verpflichtungen bezüglich der Räumung des
Ruhrgebietes vom Ministerpräsidenten zugleich in seiner Eigen-
schaft als Kriegominister und vom Außenminister getroffen wor-
den sind. Die notwendigen Operationen sollen in Kürze be-
ginnen.

„Ceux“ schreibt zu diesem Beschluß: Die Operationen wer-
den vollkommen vor dem 17. August zu Ende geführt sein. An
diesem Tage wird auch der letzte Mann unserer Soldaten deren
Zahl vom Staat herabgesetzt ist, die rheinisch-westfälischen Werke
verlassen haben. Es werden auch die als Sanctionsgebiet zu
betrachtenden Städte Düsseldorf und Duisburg-Ruhr-
ort geräumt werden, obwohl für sie ein anderer Termin hätte
in Anspruch genommen werden können (?) und obwohl man sie
mit der Befehlsgewalt von Köln hätte verbinden können anstatt
mit dem Bezirk von Essen.

Gegen französische Übergriffe

München, 24. Juni. Der bairische Landtagsabgeordnete
Bernhart von Dandau hat eine Anfrage im bairischen Landtag
eingebracht, in der es heißt: „Der Bürgermeister Moritz von
Ransbach ist mit seinem Sohne von der französischen Befehlungs-
behörde verhaftet und gefesselt abgeführt worden. Der Schwager
des Bürgermeisters Rauch ist ebenfalls abgeführt worden und hat
sich nach sechs Tagen im Zustande höchster seelischer Erregung
wegen der ihm und seinen Verwandten zuteil gewordenen Be-
handlung in dem französischen Gefängnis erkühdet. Die Staats-
regierung wird um Verichterstattung über die Vorgänge und um
die sofortige Erwirkung der Freilassung der Inhaftierten er-
sucht.“

man zugeben, daß Ibn Saud den richtigen Schwerepunkt setzen hat,
um seinen Zielen näher zu kommen und auch die englische Vor-
herrschaft wankend zu machen. Der Bund zwischen Ibn Saud
und Kemal Pascha, welche beide mit Begeisterung und Interesse
die Kandidatur des Scheichs der Senuffi unterstützt haben, ist
ein deutliches Zeichen der neuen Politik in dem nahen Orient.
Die türkische Republik und das vorbereitete wahabistische Kaiser-
reich auf der arabischen Halbinsel werden die zwei wichtig-
sten Faktoren der neuen Aufrechnung gegen Fremden, nament-
lich europäischen Einfluß, werden.